

Inhalt:

Das Ende einer Seifenblase: der Kanzlerbrief

Der Kanzlerbrief, jeder wusste es, war niemals 500 Millionen Euro pro Jahr wert. Die Enttäuschung der Väter der großen Koalition, Henning Scherf und Bernd Neumann, war Schmierentheater. [... zum Artikel](#)

Bildung ist ein öffentliches Gut

[... zum Artikel](#)

Wende oder ›Weiter so‹?

Grüne suchen den Dialog mit der Handelskammer für eine neue Bremer Wirtschaftspolitik. [... zum Artikel](#)

Der Innensenator, das Brechmittel und der Tod

Ein Mensch, körperlich vollkommen gesund, wird am 27. Dezember 2004 von der Bremer Polizei in Gewahrsam genommen. Verdacht: Drogenhandel am Sielwalleck. In derselben Nacht fällt der Mann nach der Vergabe von Brechmittel und Wasser ›zur Beweismittelsicherung‹ ins Koma. Befund des hinzu gerufenen Notarztes in seinem Einsatzprotokoll: ›Ertrinken‹, er gilt schon im Krankenhaus als ›wahrscheinlich hirntot‹. Am 7. Januar 2005 stirbt Laye-Alama Condé. [... zum Artikel](#)

It's Bremerhaven, Baby ...

Das Rechnungsprüfungsamt Bremerhaven bekommt eine neue Leitung. Aber wie ... [... zum Artikel](#)

Rubriken:

[grüne Ecke](#)

[grün:Aktion](#)

[Neues aus der Bürgerschaft](#)

[grün:in der Mache](#)

[Termine](#)

[Impressum](#)

Das Fördern ausgestalten

Der Kanzlerbrief, jeder wusste es, war niemals 500 Millionen Euro pro Jahr wert. Die Enttäuschung der Väter der großen Koalition, Henning Scherf und Bernd Neumann, war Schmierentheater. Da mussten zwei Strahlemänner und Schönredner zerknirscht einräumen, dass die finanzielle Lage Bremens noch nie so ernst war wie jetzt. Damit erreichte ein großes politisches Schwindelmanöver seinen Endpunkt. Man ist enttäuscht von Bundeskanzler Schröder und muss nun um so heftiger die Selbstständigkeit beschwören. Die kann natürlich nur durch die große Koalition gerettet werden, womit endlich das ›politische Perpetuum Mobile‹ erfunden wäre: Große Probleme schreien nach großen Koalitionen, die die Probleme noch größer macht, denen wiederum nur mit einer großen Koalition begegnet werden kann. Wer den Text des Kanzlerbriefes liest (auf unserer Internet-Homepage unter www.gruene-bremen.de, unter ›Informationen‹, ›Der Kanzlerbrief‹), kann das Versprechen des Kanzlers finden: Ausgleich von Verlusten durch die Steuerreform und ein Bekenntnis zu bundesstaatlicher Verantwortung.

Die vom Senat zuletzt errechneten 530 Millionen Euro stellen schlicht und einfach das Haushaltsdefizit dar, das auch nach zwölf Sanierungsjahren nicht kleiner geworden ist. So hatte der Kanzlerbrief die Funktion, von der eigenen Erfolglosigkeit abzulenken.

Dass diese Strategie im Sinne der CDU ist, liegt auf der Hand. Dass ein SPD-Bürgermeister eine solche Rufschädigung für seinen eigenen Bundeskanzler anrührt, ist ein eher einmaliger Vorgang. Für Bremen bleibt ein großer Schaden: In Berlin wird über Bremen nur der Kopf geschüttelt. Der Bereitschaft dort, mit uns über einen weiteren Sanierungskurs ins Gespräch zu kommen, wurde ein schlechter Dienst erwiesen. Und in Bremen verrann die Zeit: Vier Jahre Starren auf den Kanzlerbrief hieß vier Jahre Kurs halten, vier Jahre verlorene Zeit.

Die ganz große Koalition aus CDU und SPD, Handelskammer und Teilen der Medien hat ihren Sündenbock: Bundeskanzler Schröder. Zu viele profitieren vom unbezahlbaren Investitionsweg, als dass jetzt Selbstkritik und Wahrhaftigkeit einkehren würden.

Nach vorne zu gehen, heißt für Grüne jetzt Kassensturz, Einsparungen bei Investitionen und im konsumtiven Bereich, Regionalkooperation und Vorbereiten einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht. Es ist nicht allein die große Koalition, die die Bremer Haushaltsmisere zu verantworten hat. Das Verspielen jeder politischen Glaubwürdigkeit allerdings müssen sich Bernd Neumann und Henning Scherf vorwerfen lassen.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Bildung ist ein öffentliches Gut

Ob das Studium künftig Gebühren kostet oder gebührenfrei ist, soll nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts Sache der Länder sein. Damit hat das Gericht den Bemühungen, einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum zu schaffen (und die Mobilität der Studierenden zu fördern), einen Bärendienst erwiesen. Jetzt droht der Rückfall in die Kleinstaaterei. Jedes Bundesland wird nach egoistischen Interessen mit unterschiedlichen Modellen herauskommen.

Das Nachsehen haben die Studierenden. Sie müssen sich in dem Chaos zurechtfinden und im Falle von Studiengebühren wird sich ihre ökonomische Situation verschlechtern.

›Für uns ist Bildung ein öffentliches Gut und kein Spielball persönlicher Vermögensverhältnisse. Wir wollen Chancengerechtigkeit und mehr jungen Menschen aus bildungsfernen Bevölkerungskreisen ein Studium ermöglichen. Nur auf diese Weise bekommen wir Anschluss an den internationalen Standard‹, sagt Silvia Schön, die hochschulpolitische Sprecherin der grünen Bürgerschaftsfraktion.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Wende oder ›Weiter so‹?

Grüne suchen den Dialog mit der Handelskammer für eine neue Bremer Wirtschaftspolitik.

Nach dem Strohfeuer der staatlichen Großinvestitionen fällt Bremens Wirtschaftswachstum wieder hinter den Bundesdurchschnitt zurück. Die Strategie der großen Koalition, durch die passive Bereitstellung möglichst großer Gewerbegebiete Wachstum zu generieren, ging nicht auf. Auch die sattsam bekannten ›touristischen Leuchttürme‹, die Besucher aus ganz Europa nach Bremen ziehen sollten, brachten nicht den erhofften Erfolg. So kann es aus grüner Sicht nicht weitergehen.

›Notwendig ist der nachhaltige Strukturwandel in Richtung Technologie und Dienstleistungen‹, sagt der grüne wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion Klaus Möhle. Das technologische Potenzial, über das Bremen zweifelsohne verfügt, wird mit der passiven Angebotspolitik aber nicht genutzt, wie einschlägige Studien seit Jahren beweisen. Und ohne die Förderung der lebendigen unternehmerischen Basis in der Breite und die Entfaltung der lokalen Fähigkeiten wird der Strukturwandel erst recht nicht gelingen. Doch die flexiblen kleinen und mittleren Unternehmen, in denen die Innovationen stattfinden, wo das Gros der Arbeitsplätze entsteht und am meisten ausgebildet wird, waren in der Wirtschaftsstrategie der großen Koalition weitgehend ausgeblendet. Solange die Wirtschaftsförderung nicht vom Kopf auf die Füße gestellt wird, wird Bremen den Strukturwandel nicht meistern.

Einen Beitrag zur Neuausrichtung der Bremer Wirtschaftspolitik hat jetzt die grüne Bürgerschaftsfraktion mit einer bisweilen recht kontrovers geführten Diskussion geleistet.

Titel: ›Wende oder ‚Weiter so‘? Über die Zukunft der Bremer Wirtschaftspolitik‹. Auf dem Podium: der Bundestagsabgeordnete und grüne Wirtschaftsexperte Fritz Kuhn, der Präses der Handelskammer Patrick Wendisch und Klaus Möhle, Wirtschaftspolitiker der grünen Bürgerschaftsfraktion. Dieser erste Dialog war ein Auftakt, der fortgesetzt werden muss, wenn Bremen vorankommen soll. Jetzt müssen alle Bremer Protagonisten, ausgehend von der kontroversen Positionsbestimmung, nach Gemeinsamkeiten suchen.

Für die Bündnisgrünen im Land Bremen wird sich das Ringen um eine nachhaltige und moderne Wirtschaftspolitik, die den ökologischen, ökonomischen und sozialen Anforderungen gleichermaßen gerecht wird, fortsetzen.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Der Innensenator, das Brechmittel und der Tod

Ein Mensch, körperlich vollkommen gesund, wird am 27. Dezember 2004 von der Bremer Polizei in Gewahrsam genommen. Verdacht: Drogenhandel am Sielwalleck. In derselben Nacht fällt der Mann nach der Vergabe von Brechmittel und Wasser ›zur Beweismittelsicherung‹ ins Koma. Befund des hinzu gerufenen Notarztes in seinem Einsatzprotokoll: ›Ertrinken‹, er gilt schon im Krankenhaus als ›wahrscheinlich hirntot‹. Am 7. Januar 2005 stirbt Laye-Alama Condé.

Was in jener Nacht im Polizeigewahrsam im Detail geschehen ist, bleibt der Staatsanwaltschaft zu ermitteln. Die politische Verantwortung ist klar: Sie liegt bei Innensenator Thomas Röwekamp. In der Gewalt der Polizei ist ein Mensch, der verdächtigt wurde, eine Straftat begangen zu haben, so schwer misshandelt worden, dass er an den Folgen starb. Der Innensenator hat seine Haltung dazu am 5. Januar unmissverständlich bei ›buten un binnen‹ klar gemacht: ›Und ich bleibe dabei, bei Schwerstkriminellen, die solche schweren Straftaten begehen, die müssen mit körperlichen Nachteilen rechnen.‹

Der Innensenator bestreitet damit, dass es im deutschen Rechtssystem die Unschuldsvermutung gibt, wonach ein Verdächtiger kein ›Schwerstkrimineller‹ sein kann, schon gar nicht, bevor er von einem Richter verurteilt worden ist. Dass ein Mensch in der Obhut des Staates keine körperliche Gewalt zu fürchten hat, hat gerade erst das Urteil zur Frage der Folter-Androhung durch den Frankfurter Polizeipräsidenten Daschner geklärt. Die zwangsweise Vergabe von Brechmitteln stimmt auch nicht mit der Strafprozessordnung überein. Amnesty International nennt sie ›grausam, unmenschlich und erniedrigend‹. Die Bremer Ärztekammer, der 105. Deutsche Ärztetag, der Weltärztebund und eine UN-Resolution halten übereinstimmend die zwangsweise Vergabe von Brechmitteln für medizinisch nicht vertretbar. Auch RichterInnen und StaatsanwältInnen in der Gewerkschaft ver.di lehnen eine zwangsweise Brechmittelvergabe ab. ProfessorInnen der Universitäten Bremen, Oldenburg und Hamburg bezeichnen die Praxis, dass Menschen im Polizeigewahrsam misshandelt werden ›und die verbalen Rechtfertigungen als menschenverachtend‹.

Die grüne Fraktion, die von mutigen Mitmenschen frühzeitig informiert wurde und den Skandal publik machte, hat deshalb in der Januar-Sitzung der Bürgerschaft zwei Anträge gestellt: Einen für den sofortigen und endgültigen Stopp der Brechmittelvergabe in Bremen. Die große Koalition lehnte den Antrag ab, wie schon einen fast gleich lautenden im Jahr 2001. Jetzt wird für sechs Monate auf diese Art der ›Beweismittelsicherung‹ verzichtet, dann wollen die Großkoalitionäre weitersehen.

Der zweite Antrag forderte die ParlamentarierInnen dazu auf, dem Innensenator das Vertrauen zu entziehen. Mit 19 Stimmen für den grünen Antrag (12 davon Grüne), zwei Enthaltungen und 60 Gegenstimmen der großen Koalition darf Thomas Röwekamp Innensenator bleiben. Vor allem der Erpressungsversuch von Bürgermeister Henning Scherf, der die Haushaltssanierung, Kanzlerbriefeinföschung und den Fortbestand der großen Koalition in die Waagschale warf, hat gezeigt, dass es der großen Koalition nur um Machterhalt ging.

Der grünen Fraktion geht es weiterhin um den Erhalt rechtstaatlicher Grundwerte. Mit dem Tod von Laye-Alama Condé und der Unterbrechung der Brechmittelvergabe ist das Thema für uns nicht beendet. Wir werden innerhalb und außerhalb der parlamentarischen Gremien das Thema hartnäckig weiterbearbeiten.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

It's Bremerhaven, Baby ...

Das Rechnungsprüfungsamt Bremerhaven bekommt eine neue Leitung. Aber wie ...

Das Rechnungsprüfungsamt Bremerhaven bekommt eine neue Leitung. ›Endlich ein Neuanfang!‹, sollte man meinen. In den vergangenen zwei, drei Jahren hatte es viele Auseinandersetzungen zwischen dem damaligen Rechnungsprüfungsamtsleiter Rainer Mattern, dem Stadtverordnetenvorsteher Artur Beneken und Bremerhavens OB Jörg Schulz gegeben. Damals ging es um die Frage, ob es durch einen ›Knebelvertrag‹ eine unzulässige Einflussnahme auf die Arbeit des Rechnungsprüfungsamtes gegeben hatte. Die Verstrickungen mündeten schließlich im ›Untersuchungsausschuss Rechnungsprüfungsamt‹.

Jetzt befindet sich der umstrittene Amtsleiter aus gesundheitlichen Gründen im Ruhestand, die Stadtverordnetenversammlung hat eine neue Amtsleiterin gewählt. Ihr Weg dahin verdient Beachtung: Am 24. Dezember (!) stand die Stellenanzeige in der Nordsee-Zeitung und im Weser-Kurier. Trotz weihnachtlichen Termins und Verzichts auf überregionale Ausschreibung trudeln neun Bewerbungen ein. SPD und CDU einigen sich – ohne Vorstellung der KandidatInnen – im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss kurzerhand auf die Bewerberin Gissel-Baden, die dann den Stadtverordneten vorgeschlagen wird. Endgültig ›bremerhavenerisch‹ wird die Geschichte mit einer Zusatzinformation: Die zukünftige Amtsleiterin ist die Lebensgefährtin des ehemaligen Stadtkämmerers Burkhard Niederquell. Und ihre Prüfaufgabe umfasst auch die Unterlagen aus seiner Amtszeit.

Trotzdem gilt für Doris Hoch, grüne Bürgerschaftsabgeordnete aus Bremerhaven, noch das Prinzip Hoffnung: ›Jetzt setzen wir darauf, dass die Empfehlungen des Pottschmidt-Gutachtens zum Untersuchungsausschuss endlich umgesetzt werden‹, sagt sie. ›Es muss klare Vorgesetzten-Strukturen geben, die Prüfberichte müssen offen gelegt werden.‹ Na dann ..., it's Bremerhaven, Baby!

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

grüne Ecke:

Riskant: Schulpraktikum bei den Grünen

Fotos ›Vorher – nachher‹

Warnung: Schon ein Praktikum bei der grünen Bürgerschaftsfraktion von nur 2 Wochen führt unweigerlich zu Identitätsmutationen!

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

grün:Aktion

Besuch in Lesum

Zusammen mit dem altenpolitischen Arbeitskreis besuchte jetzt der sozialpolitische Sprecher der grünen Bürgerschaftsfraktion, Dirk Schmidtman, das Dienstleistungszentrum in Lesum. ›Die Arbeit der Dienstleistungszentren sorgt dafür, dass kranke und hilfsbedürftige Menschen möglichst lange in ihren eigenen Wohnungen bleiben können. Das entspricht der alten grünen Forderung ‘ambulant vor stationär’, freute er sich. Das DLZ bietet auch Begleitung und Gesellschaft.

›Kompetenzzentren‹ statt Integration?

Das Sozialressort will so genannte ›Kompetenzzentren‹ gründen. Diese sollen die Integrationsplätze in Kindergärten ersetzen. Deshalb trafen sich VertreterInnen der grünen Fraktion mit freien Trägern, ElternvertreterInnen und anderen Interessierten zu einem Fachgespräch. Erstes Fazit des kinder- und jugendpolitischen Sprechers der Fraktion, Jens Crueger: ›Wir finden den integrativen Ansatz nach wie vor richtig. Allerdings werden bundesgesetzliche Veränderungen Auswirkungen auf Bremen haben. Diese müssen fachlich sinnvoll und im Interesse der Kinder sein. Dafür werden wir uns einsetzen.‹

Wie gelingt der Übergang?

Wie das vom Bildungssenator gestartete Projekt ›Frühes Lernen‹ in der Realität aussieht, wollten grüne Bürgerschaftsabgeordnete genauer wissen und haben sich einige KTHs und Grundschulen in Bremen, die jetzt miteinander kooperieren, angesehen. Der erste Besuch galt jedoch einem Kooperationsprojekt, das es schon vor der Idee des ›Frühen Lernens‹ gab:

Bereits seit 1993 arbeiten in Osterholz-Tenever die Grundschule am Pfälzer Weg und die be-nachbarte KiTa erfolgreich eng zusammen.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Neues aus der Bürgerschaft

Persönliche Erklärung

Am 60. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz gedachte die Bürgerschaft in einer Schweigeminute der Opfer des Nationalsozialismus. In seiner Rede dazu sagte Präsident Weber u. a.: ›Wenn Parlamente auf solche Weise wie jetzt in Sachsen gebraucht, richtiger: missbraucht werden, dann sollte der heutige Tag, dieser eine Gedenktag im Jahr, für Wachsamkeit auf Dauer sorgen.‹

Direkt im Anschluss gestattete er dem rechtsextremen DVU-Abgeordneten Tittmann die Abgabe einer persönlichen Erklärung. Darin relativierte Tittmann die Ermordung von über 1,5 Millionen Menschen durch deutsche Täter allein in Auschwitz, indem er erklärte, er habe in der Schweigeminute auch der deutschen Opfer gedacht. – Eine persönliche Erklärung an solcher Stelle ist laut Geschäftsordnung der Bürgerschaft unzulässig.

Die Dauer von Webers Wachsamkeit war verdammt kurz ...

mehr Infos: [Karoline Linnert](#)

Spiel auf Zeit

Für einen Gefängnisneubau hat Bremen kein Geld. Gleichzeitig gibt es im Knast in Oslebshausen einen Renovierungsstau. Die Situation für die betroffenen inhaftierten Jugendlichen ist untragbar. Aber statt realisierbare Ersatzplanungen zu forcieren, spielt die Regierung auf Zeit und versteckt sich hinter dem Rechnungshof, der noch die Idee der Zusammenlegung von Bremer und niedersächsischem Jugendgefängnis prüft.

mehr Infos: [Jan Köhler](#)

Hilfe so – und so

Beim Antrag von Grünen, SPD und CDU zur Hilfe der Opfer der Flutkatastrophe in Südasien waren alle Abgeordneten noch voll des Lobes für die Engagierten. In der Debatte um das Bremer Amt für Entwicklungszusammenarbeit musste die grüne Fraktion jedoch feststellen, dass die Ausstattung derjenigen, die sich kontinuierlich um auch weniger spektakuläre Hilfsprojekte kümmern, jetzt massiv zusammengespart werden soll.

mehr Infos: [Matthias Güldner](#)

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

grün:in der Mache

Senat soll über Armut berichten

Eine regelmäßige, fachlich fundierte Berichterstattung über Armut, Unterversorgung und die Entwicklung von Ungleichheitstendenzen wird seit langem in Politik, Wissenschaft und Verbänden für notwendig gehalten. Einzelne Städte und Bundesländer und auch der Bund erstatten regelmäßig solche Berichte. Der Bremer Senat hat einmalig im Jahr 1987 einen Sozialhilfebericht für das Land vorgelegt, seitdem nicht mehr. Dankenswerterweise ist die Arbeitnehmerkammer vor drei Jahren in die Bresche gesprungen. Wir Grüne sind aber der Meinung, dass der Senat sich hier nicht aus der Verantwortung stehlen darf und selbst über die Verteilung von Armut und Reichtum im Land Bremen berichten muss. Warum das nicht geschieht, haben wir jetzt in einer Großen Anfrage den Senat gefragt und warten gespannt auf eine Antwort.

›Ein solcher Bericht wäre eine solide Grundlage, auf der über zukünftige Leitlinien der Sozialpolitik – ganz besonders in Zeiten geringer Haushaltsmittel – entschieden werden kann‹, so Dirk Schmidtman, der sozialpolitische Sprecher von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Termine

›Gärtner der süßen Träume‹

Kunst an der Schlachte zeigt Arbeiten von Thomas Falk (bis 22.4.05).
Vernissage am 24.2., 19 Uhr, grünes Fraktionsbüro,
Schlachte 19/20, 28195 Bremen

Auswirkungen von Hartz IV aus Frauensicht

28.2. 2005, 19.30 Uhr
Haus der Bürgerschaft
Am Markt 20, Raum I

Ein Weserwasserkraftwerk für Bremen

2.3. 2005, 20.00-22.00 Uhr
Bürgerhaus Weserterrassen
Osterdeich 70B

Neue Gefahr von rechts ... und was man dagegen tun kann. Berichte aus Sachsen, Bremen und umzu

9.3. 2005, 17.00-20.00 Uhr
Haus der Bürgerschaft
Am Markt 20, Festsaal

Anhörung zum Schulverwaltungsgesetz

7.4. 2005, 15.00-19.00 Uhr
Haus der Bürgerschaft
Am Markt 20, Plenarsaal

Info und Beratung rund um die Photovoltaik

12.4. 2005, 17.00-21.00 Uhr
Café Ambiente, Osterdeich 69A

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Impressum

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft

Telefon: 0421/30 11-0

Telefax: 0421/30 11-250

e-mail: fraktion@gruene-bremen.de

internet: www.gruene-bremen.de

V.i.S.d.P.:

Ulrike Bendrat

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Schlachte 19/20

28195 Bremen

Gestaltung: Designbüro Möhlenkamp

Relaunch und Satz: Thomas Kollande

Fotos: Ulrike Bendrat, Dagmar Bleiker, Andreas Caspari, Tobias Erzmänn, Janne Müller, Senator für Inneres und Sport

Wenn Sie möchten, senden wir Ihnen die Papierversion des [grün:Journals](#) gern per Post zu. Bitte vergessen Sie nicht Ihre Anschrift anzugeben!

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)